

Tagesordnung III Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 14. Februar 2008

Antrags-Nr. 07-F-06-0045

Einrichtung eines Schulmittelfonds

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 07.11.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadt Wiesbaden richtet nach dem Vorbild anderer Städte, Gemeinden und Landkreise einen Schulmittelfonds ein, aus dem Schüler/innen aus Bedarfsgemeinschaften (ALG II, Grundsicherung, Niedriglohn) finanzielle Mittel für die Anschaffung von Lernmitteln zur Verfügung gestellt werden, die von der Lernmittelfreiheit in Hessen nicht abgedeckt sind (etwa: Taschenrechner, Zeichenblocks, Turnschuhe, Wachsmalkreiden, Musikinstrumente, Grammatikbücher usw. usf.)
- 2) Der Magistrat wirkt im Gespräch mit den Schulleitungen darauf hin, dass für zusätzliche Anschaffungen in den Schulen eine Obergrenze festgelegt wird, die pro Schüler/in und pro Schuljahr nicht überschritten werden darf. Diese Obergrenze soll bei 250 € pro Schüler/in und Jahr liegen.
- 3) Schüler/innen aus bedürftigen Familien erhalten die zusätzlichen Lernmittel bis zu dieser Grenze aus dem einzurichtenden Schulmittelfonds erstattet.

Gem. Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 23.01.2008 zur Sitzung des Ausschusses für Soziales am 23.01.2008

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu prüfen, ob in Kooperation mit dem Bündnis „Armut, Arbeit und soziale Teilhabe“ bis zum Frühsommer diesen Jahres Maßnahmen erarbeitet werden können Kindern aus armen und einkommensschwächeren Familien, über einen Schulmittelfonds für die notwendige Ausstattung für den Unterricht, wie Hefte, Stifte, Schulranzen etc., die gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem zu ermöglichen und damit ihre Bildungschancen zu erhöhen.

Im Rahmen des „Sofortprogramms für Bildung und soziale Teilhabe“ (SV 07-V-51-0057; in Beratung) sind 200.000 € für einen Fonds für gemeinsame Projekte mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege zugunsten von Wiesbadenern mit niedrigem Einkommen vorgesehen.

2. sich bei der Bundesregierung über die Ergebnisse der vom früherem Arbeits- und Sozialminister Müntefering am 13.09.07 im Deutschen Bundestag sowie im Zuge der 84. Sozialministerkonferenz angekündigten Überprüfung der Eckregelsätze für Sozialhilfe und ALG II unter besonderer Berücksichtigung von Kindern zu informieren.

Beschluss Nr. 0019

Der Antrag der Linken Liste vom 07.11.2007 betr.

Einrichtung eines Schulmittelfonds

wird in der Fassung des gem. Änderungsantrages der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 23.01.2008 - Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 23.01.2008 BP 0014 angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2008
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2008
im Auftrag

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Zieren-Hesse